



Märchenstunde des Finanzministers

Während die Inflation auf 3,4% steigt und für Rheinland-Pfalz im Juli erneut einen Höchststand erreicht hat, verkündet Finanzminister Deubel in der Antwort auf eine Landtagsanfrage: „Die rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfänger sind insgesamt gesehen nicht benachteiligt.“ Die GdP sieht das ganz anders und fordert Nachschlag bei Besoldung und Versorgung.

Nach Angaben des Statistischen Landesamtes in Bad Ems ist der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte gegenüber dem Juli 2007 um 3,4% gestiegen. Wie in den Vormonaten wurde die Entwicklung maßgeblich von den Preisen für Energie und Nahrungsmittel beeinflusst. Die Energiepreise lagen um 16,6% höher als ein Jahr zuvor. Die Kraftstoffpreise kletterten um 17%, Diesel verteuerte sich im Vergleichszeitraum gar um 30,6%. Und die Besoldung?

Die CDU-Abgeordneten Michael Hörter und Bernhard Henter stellten der Landesregierung Fragen im Hinblick auf die aktuelle Situation der rheinland-pfälzischen Beamten und Versorgungsempfänger. Die Abgeordneten wollten u. a. wissen, ob die Erhöhung der Besoldung in RLP, angesichts der im Bund beschlossenen Erhöhungen von 50 Euro Sockelbetrag und darauf der prozentualen Erhö-

BESOLDUNG BUND/RLP		
POK, 41 Jahre, verh., 1 Kind		
Stand 1. 7. 2008	Bund	RLP
Grundgehalt	2844,92	2736,89
Familienzuschlag	201,38	199,93
Amtszulage	73,43	71,94
Sonderzahlung (Bund 2,5% RLP 4,17%)	71,12	114,13
Gesamtbrutto	3190,85	3122,89

hung um 3,1% zum 1. 1. 2008, nach Auffassung der Landesregierung nach wie vor gerechtfertigt ist.

Die Antwort des Finanzministeriums liest sich wie ein Märchenbuch. Hier einige Auszüge:

„In Rheinland-Pfalz wird die Anpassung in zwei Schritten vollzogen. Der erste Schritt erfolgte bereits zum 1. 7. 2007 – mithin früher als in den meisten anderen Ländern – und der zweite Schritt ist für den 1. 7. 2008 vorgesehen. Die Erhöhungssätze sind gestaffelt und belaufen sich in der Summe auf 3,9% bis zur Besoldungsgruppe A 6, 2,45% bis zur Besoldungsgruppe A 9 und 1% ab der Besoldungsgruppe A 10. Der in Bezug auf die Beurteilung einer angemessenen alimentativen Gesamtausstattung maßgebliche Nettvergleich führt auch unter Berücksichtigung der linearen Anpassungen im Tarifbereich zu dem Ergebnis, dass die Beamtinnen und Beamten in Rheinland-Pfalz grundsätzlich günstiger dastehen als vergleichbare Beschäftigte im öffentlichen Dienst.“

Insgesamt gesehen sind die rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger damit nicht benachteiligt.“

Soweit das Märchen! Und die Realität? Die Polizistinnen und Polizisten in RLP, ein Flächenland, haben stark gestiegene Kosten zu tragen, allein durch die vielen zurückzulegenden Strecken zum Dienstort. Die Landesregierung lässt nach wie vor keine Ansätze erkennen, im Rahmen der Pendlerpauschale oder der Reisekosten Verbesserungen für die Beschäftigten anzustreben. Die in

der Summe aus dem Sockelbetrag und der prozentualen Erhöhung vorgenommene Besoldungsanpassung beim Bund ergibt im Mittel fast 5%. Und zum 1. 1. 2009 eine Erhöhung um 2,8% und 225 Euro Einmalzahlung. Das ist nun mal mehr als 1% bei A 10, 2,45% bei A 9 oder 3,9% bei A 6. Ganz abstrus wird die Märchenrechnung, wenn man die beiden Nullrunden für Pensionärinnen und Pensionäre in den Fokus nimmt. Selbst wenn man die vom Finanzminister immer gerne angeführte höhere Sonderzahlung in RLP einrechnet, hat der POK beim Bund fast 70 Euro im Monat mehr. Die Hinweise des Finanzministeriums auf die von der Landesregierung angekündigten Maßnahmen für 2009 helfen nicht, denn die Kaufkraftverluste der Jahre 2007 und 2008 werden damit nicht aufgefangen. DGB und GdP fordern die Landesregierung erneut auf, ihrer mageren Erhöhung um 0,5% vom 1. 7. 2008 einen kräftigen Nachschlag folgen zu lassen. Es ist gut, dass die CDU-Fraktion dieses Ansinnen unterstützt und parlamentarisch nicht locker lässt.

HWG

Anzeige



PSW-Rabatt?
0 61 31/9 60 09 31
psw-rp@gdp-online.de

GdP und PSW im Internet:

<http://www.gdp-de/Rheinland-Pfalz>
<http://www.psw-rp.de>
<http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de
psw-rp@gdp-online.de
psw-reisen-rp@gdp-online.de



Führungswechsel in Mainz

Ab September 2008 wird Rechtsanwalt Markus Stöhr die Nachfolge von Thomas Will als Gewerkschaftssekretär der GdP Rheinland-Pfalz antreten. Markus Stöhr hat nach seinem Abitur 1998 und dem Wehrdienst als Feldjäger in Mainz Rechtswissenschaften studiert. Nach dem ersten juristischen Staatsexamen 2004 und dem juristischen Vorbereitungsdienst schloss er seine Ausbildung 2006 erfolgreich mit dem zweiten juristischen Staatsexamen ab. Seit Januar 2007 war er in einer angesehenen Kanzlei in Bad Kreuznach als Rechtsanwalt tätig. Er ist 30 Jahre alt und wohnt mit seiner Frau in Budenheim bei Mainz. Privat sind ihm Familie und Freunde, Sport und gutes Essen wichtig.

Gegenüber dem Landesvorsitzenden Ernst Scharbach und dem Landeskassierer Ralf Schreiber brachte er zum Ausdruck: „Ich freue mich sehr auf die neue Aufgabe und die Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen. Ich werde ein verlässlicher Ansprechpartner sein und bin offen für die Initiativen und Projekte, die wir im Team erarbeiten werden.“ Thomas Will steht seinem Nachfolger noch bis November mit Rat und Tat zur Seite, so dass ein reibungsloser Übergang gewährleistet ist.

red



V. l. n. r.: Ernst Scharbach, Markus Stöhr und Ralf Schreiber

RENTEN

Viele Versicherte fragen sich, wie viel Rente bekomme ich im Alter?

Wer auf diese Frage eine Antwort haben möchte, sollte seine Renteninformation aufmerksam lesen. Dieses Papier wird seit dem vergangenen Jahr an die Versicherten verschickt, die älter als 26 sind und mindestens fünf Jahre eingezahlt haben. Es enthält wichtige Daten.

Die Renteninformation weist aus:

- Wie viel Rente bekomme ich, wenn ich aus gesundheitlichen Gründen ab sofort nicht mehr arbeiten könnte
(Rente wegen voller Erwerbsminderung)
- Mit welcher monatlichen Rente nach heutigem Stand kann ich rechnen, wenn ich mit 65 Jahren in den Ruhestand trete, aber ab sofort nichts weiter einzahle (bisher erreichte Rentenanwartschaft)
- Wie hoch wird meine Rente ausfallen, falls ich bis zum 65. Lebensjahr weiter wie in den vergangenen fünf Jahren Beiträge zahle (künftige Altersrente)

Außerdem enthält die Information noch die Prognose für den Fall, dass die Renten steigen sollten.

Die Angaben zum Versicherungsverlauf sind die Grundlage für all diese Berechnungen, die auf den letzten Seiten

stehen. Es lohnt sich, diese anzuschauen und zu prüfen. Denn hier sind die wichtigsten Daten aufgelistet, die der Rentenkasse aus dem Leben des Versicherten bekannt sind – und die die Höhe der künftigen Rente bestimmen. Also: Nur, was dort aufgelistet ist, wird bei der Berechnung der künftigen Rentenhöhe berücksichtigt.

Aber immer wieder kommt es zu Fehlern und Versäumnissen. Daher muss der Versicherte diese häufig selbst melden.

Geprüft werden sollte die Renteninformation insbesondere auf folgende Daten:

- Schule und Studium ab dem 17. Lebensjahr
- Berufliche Ausbildung/Lehre
- Beschäftigung als Arbeitnehmer
- Wehr- und Zivildienst
- Bezug von Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld
- Kindererziehung
- Pflege eines Pflegebedürftigen

Wer Fehler in seinem Versicherungsverlauf bemerkt, kann sich an die Auskunfts- und Beratungsstellen der Deutschen Rentenversicherung wenden (kostenfrei).

Anne Knewitz

 **DEUTSCHE POLIZEI**
Ausgabe: **Landesbezirk Rheinland-Pfalz**

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

Redaktion:
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)
Polizeipräsidium Westpfalz
67621 Kaiserslautern
Telefon (06 31) 3 69 23 13
Telefax (06 31) 3 69 23 14
E-Mail: jmoser@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Anzeigenleiter: Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 31 vom 1. Januar 2008

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



GdP VOR ORT

PD Montabaur



Freundlich empfangen wurde der Landesvorsitzende der GdP bei seinem Besuch in Montabaur, v. l. n. r.: PD Leiter KD Volker Schmidt, BGV Achim Eggert, Kolleginnen Simone Wagner und Anja Kaiser, Michael Jungblut und Ernst Scharbach.



Im Besprechungsraum der PI / KI Montabaur informierte Ernst Scharbach zu aktuellen Themen, insbesondere Besoldung, Tarifverhandlungen und Forderungen, Personal-situation, Kommunal- und Verwaltungsreform, technische Ausstattung und die neuen Ausbildungswege (Bachelor).



Aufmerksame Zuhörer nutzten die Gelegenheit, von Ernst Scharbach Informationen aus erster Hand zu erhalten.

FRAUENGRUPPE

Seminar in Brodenbach

Zwei Tage Auszeit – von Familie, Freunden, Verein oder Arbeitsstelle. . . Sich an einen gedeckten Tisch zu setzen, ohne vorher selbst zu kochen – für einige nichts Außergewöhnliches, für die anderen purer Luxus. . .

20 Frauen aus dem gesamten Land Rheinland-Pfalz, egal ob Angestellte oder Beamtin, nutzten die Gelegenheit der „Auszeit“ und stellten sich während des Seminars vom 9. bis 10. Juni 2008 unter anderem die Frage „Wer bestimmt mein Leben? Frauen zwischen Beruf, Ehrenamt und Familie“.

In der heutigen Gesellschaft werden bestimmte Erwartungen an Frauen und Männer formuliert – wie wir sein sollen, wie wir uns verhalten oder aussehen sollen. Auch die Aufgaben in der Öffent-

lichkeit, am Arbeitsplatz und in der Familie scheinen klar definiert und „verteilt“ zu sein. Alle Teilnehmerinnen bekamen die Gelegenheit über ihr eigenes Leben nachzudenken, sich mit anderen auszutauschen und festzustellen, wo die eigenen Grenzen zwischen Fremd- und Selbstbestimmung liegen.

Durch das Seminar führte die Dipl.-Päd., Dipl.-Theol. Frau Dr. Rita Wirrer; sie half den Anwesenden, die verschiedenen Lebensinflüsse zu erkennen und ermutigte, eigene Schwerpunkte zu setzen und das Leben immer mehr in die eigenen Hände zu nehmen. **Sabine Schäfer**



Fühlten sich sichtlich wohl: Seminarteilnehmerinnen



Gesundheitsförderung ist „sexy“

„Das A und O ist die Frage, wie wir miteinander umgehen. Ob wir uns Tag für Tag das Leben selber schwer machen oder dafür sorgen, dass möglichst alle, Chefs und Mitarbeiter, immer wieder aufs Neue gerne zum Dienst kommen.“

Das ist eine der Binsenweisheiten, denen eine Initiative der GdP zu neuer Geltung verhelfen soll. Deshalb hat die GdP in der August-Sitzung dem Hauptpersonalrat Polizei die Entwurfsfassung einer Dienstvereinbarung zur Betrieblichen Gesundheitsförderung in der Polizei vorgelegt, mit der die hohe Priorität der Gesundheit deutlich festgeschrieben werden soll. Gesundheit ist dabei mehr als die Abwesenheit von Krankheit, heißt es in der Vereinbarung, die als Idealzustand beschreibt, dass Arbeit mit Erfolgs- und Zufriedenheitserlebnissen verbunden sein soll und Gelegenheit zu positiven sozialen Kontakten bietet.

Breite Basis für Vereinbarung

In der vorgeschlagenen Dienstvereinbarung münden die Erkenntnisse und Erfahrungen aus jahrelanger Beschäftigung mit dem Thema ein. Ein großes Dankeschön gebührt, so Bernd Becker vom Landesvorstand, dem Fachausschuss für Gesundheitsförderung und Arbeitsschutz (FAGA) unter Leitung von Josef Schumacher. Der rege Austausch im Deutschen Netzwerk für Betriebliche Gesundheitsförderung (DNBGF) und die Mitarbeit in einer DGB-Arbeitsgruppe auf Bundesebene, hätten die Basis für die Vereinbarung deutlich erweitert. Becker bei der Vorstellung des Textes im Hauptpersonalrat: „Es sind brauchbare Aspekte der Polizeien in Berlin, Brandenburg und Niedersachsen eingeflossen, aber auch zum Beispiel aus der Bundesverwaltung und der Stadtverwaltung Dortmund.“

Führungstätigkeit ist Arbeitsbedingung

Neben zahlreichen anderen Aspekten hebt der Vereinbarungsentwurf die Bedeutung von Führung und Zusammenarbeit für die Gesunderhaltung der Menschen in der Polizei hervor. „Kolleginnen und Kollegen in Führungsfunktion müssen sich darüber bewusst sein, dass ihr Verhalten sich positiv und negativ auf die

Gesundheit Nachgeordneter auswirken kann. Und sie dürfen dabei die eigene Gesundheit nicht vergessen.“ Dieses Credo vermittelte Dr. Anne Katrin Matyssek bei einem Kongress des DNBGF in Bonn, zu dem der Hauptpersonalrat Bernd Becker als Teilnehmer entsandt hatte.

Alle Beschäftigten nehmen teil

Der Entwurf der Dienstvereinbarung sieht die Teilnahme aller Beschäftigten (Polizistinnen, Verwaltungsbeamtinnen und Tarifbeschäftigte [m/w]) an Gesundheits- und Präventionssportarten vor. Becker: Das Land Berlin hat es geschafft, für alle den Dienstunfallschutz zu gewährleisten, dann wird uns das ja wohl auch gelingen. Die Beschäftigten inhaltlich zu beteiligen und nicht nur Angebote zu unterbreiten, ist Bestandteil des Konzeptes. Bei wachsendem Altersschnitt geht es der GdP darum, in allen Bereichen der Polizei alters- und altersnsgerechte Arbeitsplätze zu schaffen.

Schlanke Organisation

Die Betriebliche Gesundheitsförderung soll sich, dem Beispiel der Stadtverwaltung Dortmund folgend, an bereits vorhandenen Strukturen andocken. Besonders spannend sei aus GdP-Sicht die Frage, ob es durch das „Aufbohren“ der Arbeitsschutzausschüsse zu Ausschüssen für Gesundheitsförderung und Arbeitsschutz gelingen kann, diese Arbeit attraktiv, kreativ und wirkungsvoll – kurz gesagt: sexy – zu machen.

Gesundheit braucht Geld

„Für die Umsetzung des Gesundheitsmanagements sind ausreichende und angemessene finanzielle und personelle Ressourcen erforderlich“, heißt es im Vereinbarungsentwurf. Die Initiative müsse jetzt auf den Weg, konstatierte Vorstandsmitglied Heinz Werner Gabler, damit entsprechende Mittel in den Haushalt 2009/10 eingestellt werden könnten. **BB**

Kurz und knackig

■ Erschwerniszulagen Finanzminister prüft

Die GdP hat den Finanzminister aufgefordert, dem Beispiel des Bundes zu folgen und als ersten Schritt die Zulagen anzuheben.

Während eine Reaktion des Finanzministers noch aussteht, antwortete **Innenminister Karl Peter Bruch** am 21. Juli 2008:

„Sehr geehrter Herr Scharbach, in Ihrem vorgenannten Schreiben... setzen Sie den Minister der Finanzen über Ihre Forderungen auf Anhebung der Erschwerniszulagen auch für rheinland-pfälzische Polizeibeamte analog der jüngsten bundesrechtlichen Regelung für besondere Einsatzbereiche in Kenntnis und bitten um entsprechende Änderung der Erschwerniszulagenverordnung.“

Ich habe Herrn Prof. Dr. Deubel ebenfalls um Prüfung der Problematik gebeten, deren Ergebnis indes abzuwarten bleibt.

Mit freundlichen Grüßen
Karl Peter Bruch“

Helmut Knerr, stellvertretender GdP-Landesvorsitzender, und **Holger Mönicke**, GdP-Kreisgruppenvorsitzender des LKA: „Die Neubewertung des finanziellen Ausgleichs der besonderen Erschwernisse und Belastungen ist dringend erforderlich. Die Anforderungen stehen jedenfalls denen auf Bundesebene in nichts nach!“

Über den DGB hat die GdP den Finanzminister aufgefordert, schnellstmöglich Verhandlungen über eine generelle Neufassung der Erschwerniszulagenverordnung aufzunehmen.

„Die derzeitigen Zulagen für DÜZ und Wechselschicht- und Schichtdienst sind sowohl in der Höhe als auch in der Ausgestaltung nicht mehr zeitgemäß und müssen angepasst und erhöht werden. Insbesondere die Anrechnung der Polizeizulage auf die Schichtzulagen ist abzuschaffen“, so **Heinz-Werner Gabler**, GdP-Besoldungsfachmann.



Jetzt haben die Mitglieder das Wort

GdP, Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin sowie die Universität Oldenburg sind gleichermaßen darauf angewiesen, dass die GdP-Mitglieder der Landesbezirke Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz und dem Saarland jetzt mitmachen und ihre – anonymen – Biographiedaten dem Forscherteam zur Verfügung stellen.

Worum geht es: Die GdP konnte die BAuA davon überzeugen, dass es für alle Beamtinnen und Beamten, die irgendwann einmal Schichtdienst geleistet haben, sinnvoll ist, den Gesundheitsverlauf dieser Beschäftigtengruppe über die Dauer der gesamten Lebensarbeitsbiographie hinweg zu erforschen. Ziel dieses Vorhabens ist es, die Problemstellen im Verlauf des Arbeitslebens zu entdecken, um entsprechende Präventionsinstru-

mente entwickeln zu können. Damit soll allen in der Polizei ein langes und gesundes Leben – auch für die Zeit danach – ermöglicht werden.

Eine solch umfassende Studie gibt es weltweit noch nicht. Das macht sie nicht nur für uns, sondern gerade auch für die Wissenschaft so spannend. Leider gibt es in den drei Ländern, die sich bereit erklärt haben, Daten für die Vorstudie zur Verfügung zu stellen, keine ausreichende Datenbasis. Damit die Studie dennoch stattfinden kann, sind nun die eingangs erwähnten Akteure auf das Mitwirken aller Polizisten aus den genannten Ländern angewiesen, einschließlich der bereits ausgeschiedenen (gleich aus welchen Gründen) und im Ruhestand befindlichen Kolleginnen und Kollegen.

Die Uni Oldenburg hat vorgeschlagen,

die Daten unter Mitwirkung der GdP direkt bei den Mitgliedern im Rahmen einer Online-Befragung über das Internet zu erheben. Hierzu wurde eigens ein Fragebogen entwickelt, der unter der Adresse:

<http://www.unipark.de/uc/lazp/>

aufgerufen werden kann. Es ist sichergestellt, dass die Daten anonymisiert erhoben und nur für die Zwecke des Forschungsprojekts verwendet werden.

Wir bitten die Mitglieder der genannten Landesbezirke um rege Teilnahme. Nur so kann die statistisch erforderliche „Grundgenauigkeit“ ermittelt werden. Diese ist Voraussetzung für die Freigabe der Hauptstudie durch die BAuA.

hjm

RECHT

Das BKA-Gesetz aus Sicht des Landes und der GdP

„Beck und Bruch begrüßen BKA-Gesetz – sehen aber Korrekturbedarf“, titelt die Staatszeitung vom 7. 7. 2008, um dann in einem Bericht über die Rede von Innenminister Bruch im Bundesrat den „Korrekturbedarf“ zu beschreiben.

Aus Sicht des Ministerpräsidenten, so heißt es in dem Artikel weiter, „sollen die Amts- und Berufsheimnisträger, die nach der Strafprozessordnung das Recht haben, Auskünfte über ein Gespräch, das dem Vertrauensverhältnis unterliegt, zu verweigern, dieses Recht auch im Rahmen der Gefahrenabwehrmaßnahmen des BKA zur Terrorismusbekämpfung zugesprochen bekommen“.

Dazu Bernd Becker, im Landesvorstand für Kriminalpolitik zuständig: „Das sieht die GdP in Land und Bund grundlegend anders. Im Gegensatz zum rheinland-pfälzischen POG zieht der Entwurf des BKA-Gesetzes aus der Abwägung der gegenüberstehenden Rechte den richtigen Schluss. Bei der Strafverfolgung steht den Rechten der Amts- und Berufsheimnisträger lediglich der Strafanspruch des Staates gegenüber, während

es bei der Abwehr einer dringenden Gefahr um den Schutz des Lebens unzähliger Menschen gehen kann.“ Die GdP ist sich sicher, dass die Landesregierung an dieser Stelle falsch beraten ist und regt vielmehr an, das eigene POG bei der nächsten Novelle dem BKA-Entwurf anzupassen.

Alle anderen Punkte, die von Staatsminister Bruch in seiner Rede vor dem Bundesrat angesprochen wurden, finden die Unterstützung der GdP für das Bemühen, die viel beschworene Balance zwischen Sicherheit und Freiheit zu erhalten. So fordert Bruch klare Regeln für die Abgrenzung zwischen BKA und Länderpolizei; die vorliegende „Benehmensregelung“ sei nicht geeignet. Zudem sei aus seiner Sicht eine Klarstellung notwendig, dass das Bundeskriminalamt nur bei Vorliegen einer Gefahr, nicht bereits im Vorfeld der Gefahr, zuständig sei.

Im Hinblick auf die Online-Überwachung hat Bruch daran erinnert, dass die rheinland-pfälzische Landesregierung eine solche Maßnahme unter restriktiven Vorgaben bereits frühzeitig befürwortet

hat. „Die Sicherheitsbehörden benötigen diese Befugnis, da die traditionellen Standardbefugnisse wie zum Beispiel Sicherstellung oder Telekommunikationsüberwachung heute nicht immer ausreichen, um an relevante Informationen von Terroristen zu gelangen.“ Im BKA-Gesetzesentwurf sollte allerdings noch deutlicher herausgestellt werden, dass die Online-Überwachung nur als ultima ratio in Betracht komme, so der Minister. Deshalb sollte die Maßnahme nur zur Abwehr einer dringenden Gefahr zugelassen werden.

Im Grundsatz sei die BKA-Novelle begrüßenswert. „Die Sicherheitsstruktur wird im Interesse der wirksamen Bekämpfung der Gefahren im Bereich des internationalen Terrorismus nachhaltig verbessert.“ Rheinland-Pfalz werde daher den Gesetzesentwurf konstruktiv im Gesetzgebungsverfahren mit dem Ziel unterstützen, ihn in Einzelfragen zu verbessern, so Bruch abschließend.

BB



Jutta Behnke verabschiedet



Jutta Behnke

Als erste Libera in der Geschichte der GdP war Jutta Behnke auf einem für die Frauen reservierten Platz auf der GdP-Liste für die Wahlen zum Hauptpersonalrat in das Gremium gewählt worden. Jutta hatte diese Funktion seit April 2005 inne und hat sich in dieser Zeit intensiv für die Belange der Frauen eingesetzt. Insbesondere hat sie das Audit-Verfahren immer wieder kritisch vorangetrieben. Jutta wird ab 1. September bei der AG Digitalfunk in Bonn arbeiten und legt daher ihr Mandat im HPRP nieder. Liebe Jutta: Vielen Dank für Dein Engagement!

Die Koll. **Ingolff Hubert** und **Gunnar Koll** stellten dem HPRP den aktuellen Sachstand bei **DOMEA** vor. Das Produkt beinhaltet ein Dokumenten-Management- und ein Workflow-System und soll zusätzlich die besonderen Erfordernisse der labortechnischen Abläufe innerhalb der KT, bspw. im Bereich der DNA-Analyse, soweit wie möglich integrieren. Erprobt wird die Anwendung derzeit bei der Abt. 3 des LKA. Ankunft, Behandlung und Verbleib von Spuren, die von den verschiedenen Spezialisten untersucht werden, müssen auch angesichts des angewachsenen Spurenaufkommens rationell erfasst, gesteuert, abgelegt, aufgefunden und nicht zuletzt gelöscht werden können. Auch die Mitzeichnung von Vorgängen soll im System abgebildet werden. Scanbare Barcodes sollen die Datenübertragung erleichtern und Übertragungsfehler vermeiden helfen und somit im Ergebnis die Geschäftsabläufe effizienter gestalten. Der LfD ist in die Entwicklung eingebunden und begrüßt die Vorteile, die sich auch für den Datenschutz ergeben. Der Datenaus-

tausch mit POLADIS wird bis Ende des 1. Quartals 2009 angestrebt. Die ZPT ist in die Entwicklung der Schnittstelle zum Vorgangsbearbeitungssystem „POLADIS“ und für den Bereich der IT-Sicherheit eingebunden.

Auf dem Hahn tagte die Gutachtergruppe des **Akkreditierungsverfahrens** zur Einführung des **Bachelor**. Man zeigte sich insgesamt von den Planungen des Fachbereichs Polizei sehr angetan, hatte aber auch Anregungen zur Verbesserung. Die Planungssteile zu „Wissenschaft und Forschung“ sollten ausgebaut werden. Außerdem regten die Gutachter an, die Vergabe von Professuren ernsthaft zu erwägen. Sehr positiv bewerteten die Gutachter die Vorstellungen der FH zur Internationalisierung der Ausbildung.

Das ISM hat sein „**Sonderprogramm zur Beschäftigung arbeitsloser und schwer behinderter Menschen über 55**“ erneuert. Die Behörden und Einrichtungen sind aufgefordert, insgesamt 25 Vorschläge für Tätigkeitsfelder in der Entgeltgruppe (EG) 6 zu unterbreiten. Dieses vorbildliche Programm sollte nicht an mangelnden Stellen und Budgets scheitern!

Der Neuorganisation der **Zentralstelle für Polizeitechnik (ZPT)** hat der HPRP – dem Personalrat der ZPT folgend – zugestimmt. Die **GdP** hat eine Vorlage zum Abschluss einer **Dienstvereinbarung** zur

Betrieblichen Gesundheitsförderung erarbeitet. Der HPRP wird diese als Diskussionsgrundlage an das ISM übergeben.

Die derzeitigen Anwender von **TEM-PUS** sollen befragt werden, wie sie inzwischen mit dem System zurechtkommen und welche Hinweise sie aus ihren praktischen Erfahrungen für eine Prüfung der weiteren Verfahrensweise geben können. Statt einer Alternative zur Prüfung des Totalabbruchs des Systems soll nun auch untersucht werden, welche Teile der Anwendung und in welcher Ausprägung noch sinnvollerweise weiterentwickelt und benutzt werden sollen. Der HPRP hat der Befragung zugestimmt.

Großes Lob für die Landespolizeischule (LPS): Erstmals wurde für die Teilnahme an dem Seminar „**Brandermittlungen**“ ein **Zertifikat** erteilt. Im Nachgang soll nun bei den Teilnehmern und den Entsendern (also den Vorgesetzten) erfragt werden, ob und welche Teile des Seminars im Nachhinein sinnvoll erschienen. Die Umfrage dient der nachhaltigen Verbesserung der folgenden Seminare. Der HPRP hat der Befragung zugestimmt und regt an, diese Art und Weise auch auf andere geeignete Seminare zu übertragen.

Dieter Kronauer, Margarethe Relet (Polizeibeschäftigte), Ernst Scharbach (Beamte)

VELSPOL



Der Verband lesbischer & schwuler Polizeibediensteter Rheinland-Pfalz mit einem Info-Stand beim Les-bi-schwulen Sommerfest in Mainz am 26. Juli 2008





Abb. zeigt Sonderausstattungen.

**Der neue Opel Agila
Flex in the city**

www.psw-neufahrzeuge.de

Herrn
Karl Muster
per E-Mail



Unverbindliches (beispielhaftes) Angebot:

Opel Agila Edition	14.520,-
Polster marokkoblau	405,-
Style-Paket	550,-
ESP	360,-
4-Stufen-Automatik	im Grundpreis
Gesamtpreis:	15.835,-
Unser Preis:	13.697,38
Überführung	510,-
Gesamtpreis:	14.207,28

Zur Abholung Ihres Fahrzeuges erhalten Sie vom Händler einen Mietfahrzeug-Gutschein! Finanzierung/Leasing möglich!

Sommerfest – Von Mensch zu Mensch

Willkommen bei den GdP-Senioren der Koblenzer Kreisgruppe, die zum 16. Male in Folge zu ihrer beliebten und zwischenzeitlich international bekannten Grillparty in der herrlich gelegenen Freizeitanlage der Bundeswehr – Falckensteinkaserne in Lützel – eingeladen hatte. Das Wetter verführte geradezu zum Grillen: Dieses Grillvergnügen – à la Barbas – persönlich präsentiert durch Köche und Ordonanzen der Bundeswehr, erfüllte Träume und Erinnerungen. Oh wie herrlich, oh wie schön... mit diesen Gedanken und dem Motto „Einigkeit ein festes Band, hält zusammen „Jung“ und „Alt“, begrüßte Jupp Baus traditionell die vielen Teilnehmer und besonders den Polizeipräsidenten Horst Eckhardt mit Gattin.

Nach Kurzinformationen ging es dann los. Die Stimmung war gut und brachte Spannung in das tägliche Einerlei des allzu kurzen Lebens. Leben heißt genießen und gute Unterhaltung, interessante Debatten und Tipps garantieren der Seniorenfamilie, die mit 47 Teilnehmern wieder toll bei der Sache waren, einen Top-Nachmittag. Dieses Sommerfest ist fast nicht mehr wegzudenken und so danken wir vor allem den Organisatoren Jupp Baus und Horst-Peter Birk und den freiwilligen und ehrenamtlichen Helfern vom Vorstand.

Ehepaar Hub und G. Lohner überraschten mit ihren Vorträgen und Sketchen, die mit viel Beifall belohnt wurden. Wozu soll das schlechte Leben nutzen? Von Mensch zu Mensch genossen die Se-



47 Teilnehmer beim Sommerfest in der Falckensteinkaserne

Bild: Oehler

nieren diesen Tag, welche das triste Leben verschönte. Wer gibt in diesen Zeiten schon gerne mehr Geld aus als nötig? Trotz weniger davon im Portmonee, ist es aber immer noch gut, bei der Senioren-gemeinschaft mit dabei zu sein, um die Freuden des Lebens zu genießen, zumal die Programme, die eigens auf uns ältere Generation zugeschnitten sind, bisher noch keine Ermüdungserscheinungen zeigen. Die anwesenden Zeitzeugen waren begeistert und dankten den Organi-

satoren mit der Gewissheit, das nächste Mal wieder mit von der Partie zu sein. Man freut sich jetzt schon auf die große Weihnachtsfeier am Mittwoch, dem 3. Dezember 2008, 17.00 Uhr, im Hotel Merkelbach in Pfaffendorf, dem rheinischen Nizza, mit vielen Überraschungen.

Senioren – macht mit – es lohnt sich – Happy day – fit for life! Gut, dass es sie gibt – die Seniorengruppe.

Willy Wagener

RUHESTANDSVERSETZUNGEN

Dietmar Hoffmann, KG PD Kaiserslautern
Diethelm Tasch, KG PP/PD Koblenz
Thomas Cronauer, KG Bepo Enkenbach

WIR TRAUERN UM

Dietmar Heinrich, KG PD Kaiserslautern, 50 Jahre
Reiner Husak, KG PP/PD Koblenz, 53 Jahre
Leo Wihelmi, KG Vorderpfalz, 80 Jahre
Norbert Schneider, KG PD Kaiserslautern, 48 Jahre

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

Anzeige



PSW-Rabatt?
0 61 31/9 60 09 31
psw-rp@gdp-online.de

